



**Geschäftsführung
Ausschuss für Soziales, Seniorinnen
und Senioren**

Frau Rieckborn

Telefon: (0221) 221 27467

Fax: (0221) 221 27447

E-Mail: Alexandra.Rieckborn@stadt-koeln.de

Datum: 20.01.2022

Beschlussprotokoll

über die **8. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Seniorinnen und Senioren** in der Wahlperiode 2020/2025 am Donnerstag, dem 13.01.2022, 15:30 Uhr bis 17:55 Uhr, Ratssaal

I. Öffentlicher Teil

A. Mündlicher Bericht über aktuellen Sachstand zur SARS-CoV-2-Pandemie und die Auswirkungen auf vulnerable Personengruppen

Zur Kenntnis genommen.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Integration und Vielfalt

2.1 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

2.2 Mündlicher Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

Zur Kenntnis genommen.

2.3 Inklusionsbericht 2020 3359/2021

Zur Kenntnis genommen.

3 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

3.1 Energiearmut verhindern! Schutzbedürftige Verbrauchende unterstützen! AN/2277/2021

**Änderungsantrag zu TOP 3.1 „Energiearmut verhindern! Schutzbedürftige Verbrauchende unterstützen!“ (AN/2277/2021)
AN/2443/2021**

**Änderungsantrag zu TOP 3.1 „Energiearmut verhindern! Schutzbedürftige Verbrauchende unterstützen! (AN/2277/2021 und AN/2443/2021)
AN/0092/2022**

I. Abstimmung über den Ursprungsantrag AN/2277/2021

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **abgelehnt**.

II. Abstimmung über den Änderungsantrag AN/2443/2021

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **abgelehnt**.

III. Abstimmung über den Änderungsantrag AN/0092/2022

Beschluss:

Der vorliegende Antrag und der Änderungsantrag werden durch den folgenden Änderungsantrag ersetzt:

Der Sozialausschuss bittet die Verwaltung folgende Punkte in enger Zusammenarbeit mit der RheinEnergie und dem Jobcenter umzusetzen:

1. Aussetzen der Strom- und Gassperren ab dem Winter 2021/2022 in begründeten sozialen Härtefällen.
2. Aufklärung der Bevölkerung über die Möglichkeiten, Strom- und Gassperren zu verhindern und finanzielle Unterstützung in Härtefällen zu erhalten, einschließlich der Benennung von Anlaufstellen beim Sozialamt, dem Job-Center, bei den Stromversorgern, den Verbraucherberatungsstellen, den Beratungsstellen der Freien Wohlfahrtspflege und dem Mieterverein.
Die Verwaltung prüft weiterhin, ob kürzlich entfallene diesbezügliche Angebote (z.B. bei der Verbraucherzentrale) mit städtischer Hilfe wieder aufgenommen werden können.
3. Die Übernahme von Stromschulden oder Umwandlung in Ratenzahlung bei ALG II-, Grundsicherungs- und Asylbewerberleistungsbezieher*innen wird im Bedarfsfall sichergestellt.
4. Schnellstmögliche - bereits von der Verwaltung angekündigte - Anhebung der Nichtprüfungsgrenze (NPG) für Heizkosten bei SGB II- und

am 13.01.2022

SGB XII-Bezieher*innen entsprechend den gestiegenen Energiekosten und jährliche Überprüfung dieser Grenze.

5. Wiederbelebung eines Runden Tisches Vermeidung von Strom-, Gas- und Wassersperrungen (ehem. Runder Tisch für Energiearmut) durch die Stadt Köln, in Zusammenarbeit mit der RheinEnergie und dem Jobcenter.
6. Die Verwaltung wird gebeten, gemeinsam mit der RheinEnergie zu prüfen, inwieweit eine langfristige Absicherung eines präventiven Angebotes zur Verhinderung von Strom-, Gas,- und Wassersperrungen durch ein zusätzliches erweitertes Angebot, wie z.B. Stromsparcheck, erfolgen kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**3.2 Antrag verwiesen aus dem Rat: Obdachlosigkeit in Köln – Herausforderungen und Lösungen
AN/2619/2021**

**Änderungsantrag zu AN/2619/2021 von der Fraktion DIE FRAKTION
AN/2680/2021**

**Änderungsantrag zu AN/2619/2021 von den Fraktionen SPD, DIE LINKE,
FDP
AN/2681/2021**

Im Rahmen der Beschlussfassung über die Tagesordnung des Ausschusses Soziales, Seniorinnen und Senioren werden TOP 3.2 und TOP 3.3 zusammen behandelt.

Es folgt eine Alternativabstimmung, wobei die Abstimmung der Anträge unter TOP 3.2 AN/2619/2021, AN/2680/2021 und AN/2681/2021 in einem erfolgt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, Die Linke und FDP **abgelehnt**.

**3.3 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt:
Zusätzliche Hilfen für obdachlose Menschen
AN/0089/2022**

Alternativabstimmung über AN/0089/2022:

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat in der Sitzung am 03.02.2022 eine Beschlussvorlage für die über den politischen Veränderungsnachweis zur Haushaltssatzung 2022 bereitgestellten Mittel i.H.v. 1 Mio. € für zusätzliche Hilfen für obdachlose Menschen (**AN/2094/2021**) in Köln vorzulegen.
Dabei sollen die bereitgestellten Mittel gemäß Ziffer 6 des am 04.10.2021 beschlossenen Änderungsantrages zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 (AN/2102/2021 Begleitbeschlüsse) wie folgt verwendet werden:
 - Ganztägige Aufenthaltsmöglichkeiten und Anlaufstellen an Hotspots
 - aufsuchende mobile medizinische und psychiatrische Versorgung insbes. durch Intensivierung des Streetwork an den Hotspots (Neumarkt, Ebertplatz, Wiener Platz, Kalk)
 - Schaffung dezentraler Tagesangebote und dort angesiedelte Beschäftigungsangebote für Obdachlose ohne Leistungsanspruch und Notschlafstellen mit 24/7 Angebot
 - Schaffung zusätzlicher Notschlafstellen für Paare und Menschen mit Hunden

Hierbei sollen die Bedürfnisse unterschiedlicher vulnerabler Gruppen besondere Berücksichtigung finden.

2. Die Verwaltung wird beauftragt ein Konzept zur ganzheitlichen Obdachlosenarbeit zu erarbeiten, Die Best-Practice-Modellprojekte des Konfliktmanagements im öffentlichen Raum sollen in die Konzeptionierung einfließen.

Folgende Gesichtspunkte sollen in dem Konzept insbesondere Berücksichtigung finden:

- Installierung Ansprechpartner*innen für die Bürger*innen und die obdachlosen Menschen, auch als Bindeglied zu den Ansprechstellen in der Verwaltung
 - Winter und Hitze Konzept
 - Fortführung der Task-Force Obdachlosigkeit mit dem Ziel der ständigen Optimierung der ämterübergreifenden Zusammenarbeit durch Bündelung der Aktivitäten von Sozialamt, Gesundheitsamt, Jugendamt, Ordnungsamt, Ausländeramt, Polizei durch regelmäßige Treffen
 - Einbeziehung der im Rahmen der Obdachlosenhilfe tätigen Verbände/Institutionen
3. Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren bekräftigt seinen

am 13.01.2022

Beschluss vom 14.01.2021 (**AN/2102/2021**). Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, bedarfsgemäß kurzfristig die Anmietung von weiteren Unterbringungsmöglichkeiten mit Tagesangebot zwecks Unterbringung von obdachlosen Menschen in Köln, in die Wege zu leiten.

Die zusätzlichen Kapazitäten dienen sowohl der weiteren Entzerrung, weg von Mehrbettzimmern, hin zu Einzelzimmern mit 24-Stunden-Verweilmöglichkeit, als auch der Unterbringung weiterer obdachloser Menschen während der Corona-Pandemie. Die Anmietung, Belegung soll zunächst bis Ende März 2022 erfolgen und ist der aktuellen Lage laufend anzupassen und ggf. zu verlängern.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt zugestimmt.

4 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1 Verteilung der Fördermittel 2022 "SeniorenNetzwerke / Offene Altenarbeit" 3740/2021

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

5 Ausschussempfehlungen an den Rat

5.1 Umsetzung Stadtentwicklungskonzept Wohnen, hier: Beschluss über die Soziale Erhaltungssatzung gemäß § 172 Abs.1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Gebiet Mülheim Süd-West 2912/2021

Der Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 Baugesetzbuch (Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist, für das in der Anlage 1 gekennzeichnete Gebiet Mülheim Süd-West.

Das von der Sozialen Erhaltungssatzung betroffene Gebiet ist in Anlage 1 abgegrenzt und in einem Übersichtsplan dargestellt. Der Satzungsbeschluss umfasst die Flurstücke innerhalb des in der Anlage 1 beigefügten Übersichtsplans gestrichelt gekennzeichneten Fläche. Der Übersichtsplan ist Bestandteil des Satzungsbeschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme der FDP Fraktion **zugestimmt**.

**5.2 Änderung der Hauptsatzung, hier: Anregung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik zu Sachverständigen für seniorenpolitische Fragen in den Bezirksvertretungen
3260/2021**

Der Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt auf Anregung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik vom 08.10.2021 folgende Ergänzung des § 23 Absatz 4 der Hauptsatzung (Ergänzung unterstrichen):

4) Die SVK-Stadtkonferenz kann Mitglieder als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in den für Soziales, Gesundheit, Verkehr, Kultur, Sport, Umwelt, Stadtentwicklung, Jugend, Schule und Weiterbildung, Bauen, Wohnen, Anregungen und Beschwerden, Digitalisierung, Wirtschaft, Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen sowie Gleichstellung zuständigen Fachausschüssen vorschlagen. Hierfür schlägt die SVK-Stadtkonferenz aus ihrer Mitte je ein Mitglied und eine Stellvertreterin/einen Stellvertreter für den Verhinderungsfall vor. Auf Vorschlag der SVK-Stadtkonferenz wählt der Rat diese gem. § 58 Abs. 4 GO in die Ausschüsse. Die Seniorenvertretungen in den Stadtbezirken wählen jeweils eine Person als Sachverständige für seniorenpolitische Fragen in der Bezirksvertretung. Für den Verhinderungsfall wird für diese Personen jeweils eine Stellvertretung gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**5.3 Weiterentwicklung des Programms „Lebenswerte Veedel – bürger*innen- und sozialraumorientierte Zusammenarbeit in Köln“
4270/2021**

Die Beschlussvorlage wird in die nächste Sitzung am 10.02.2022 **geschoben**.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

**5.4 'Integrationsbudget' - Verteilung der Finanzmittel in 2022
3815/2021**

Der Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt für das Jahr 2022 die in der Anlage dargestellte Verteilung des „Integrationsbudget“ in einer Gesamthöhe von 671.055 € brutto für das Haushaltsjahr 2022.

Die erforderlichen Finanzmittel in Höhe von 671.055 € brutto wurden im Haushaltsplan 2022 ff. im Teilergebnisplan 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, bei Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen veranschlagt und stehen zur Verfügung.

Zusätzlich wird ein Anteil von 200.000 € in der Bewirtschaftung von der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen in die Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen umgebucht und dort entsprechend bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

6 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

7 Wohnen

**7.1 Beantwortung: Altes Krankenhaus Weidenpesch - Sachstand
3759/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**7.2 Halbjahresbericht zur Zweckentfremdung von Wohnraum in Köln
4367/2021**

Zur Kenntnis genommen.

8 Jobcenter Köln

**8.1 Bericht des Jobcenter Köln
4383/2021**

Zur Kenntnis genommen.

9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

**9.1 Zunahme von Zuweisungen von Geflüchteten 2021 und 2022
Ressourcenplanung der Unterkünfte
4352/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**9.2 Antrag zu TOP 9.1: Zunahme von Zuweisungen von Geflüchteten 2021 und
2022 Ressourcenplanung der Unterkünfte
AN/0043/2022**

**Änderungsantrag zu TOP 9.2. „Antrag zu TOP 9.1: Zunahme von Zuweisungen von Geflüchteten 2021 und 2022 Ressourcenplanung der Unterkünfte“, gem. Dringlichkeitsantrag von Bündnis 90 / Die Grünen, CDU, Volt, DS AN/0043/2022
AN/0082/2022**

- I. Abstimmung über den Änderungsantrag, gem. Dringlichkeitsantrag von Bündnis 90, CDU, Volt, AN/0043/2022**

Beschluss:

Als neuer Beschlusspunkt 4. wird auf Vorschlag von Linken und SPD eingefügt:

4. Das Auszugsmanagement muss personell mit mindestens zwei Personalstellen gestärkt werden. Die Verwaltung soll dazu kurzfristig einen Vorschlag unterbreiten.

Dieser Punkt soll wie folgt geändert werden:

4. Das Auszugsmanagement muss personell gestärkt werden. Die Verwaltung soll dazu einen Vorschlag unterbreiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **geändert zugestimmt.**

**II. Abstimmung über den so geänderten Ursprungsantrag
AN/0043/2021**

Geänderter Beschluss:

1. Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren bekräftigt den Beschluss des Rates vom 04.02.2021 (AN/0250/2021) zur Auflösung aller Gemeinschaftsunterkünfte mit Gemeinschaftsverpflegung, -küchen, -sanitäranlagen und beauftragt die Verwaltung den Beschluss weiterhin umzusetzen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt dem Integrationsrat und dem Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren bis zur nächsten Sitzung die Unterbringungsplanung für neuankommende geflüchtete Menschen inklusive Unterbringungsreserve für die nächsten 3 Jahre darzustellen.
3. Für den Bereich Auszugsmanagement sollen Willkommensinitiativen, zivilgesellschaftliche Initiativen und Migrantenselbstorganisationen mit Schwerpunkt Wohnungsakquise, ihre Expertise in Form einer strukturierten Zusammenarbeit miteinbringen.

Dem Integrationsrat und dem Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren ist dazu in den März-Sitzungen zu berichten.
4. *Das Auszugsmanagement muss personell gestärkt werden. Die Verwaltung soll dazu einen Vorschlag unterbreiten.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung von der FDP Fraktion **zugestimmt.**

**9.3 Impfsituation geflüchteter Menschen in Kölner Unterkünften
0074/2022**

Zur Kenntnis genommen.

10 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen

10.1.1 Beantwortung: Gegen jeden Antisemitismus - Prävention von und Schutz vor Antisemitismus

am 13.01.2022

Antwort auf AN/1150/2021

**Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Köln
3210/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**10.1.2 Anfrage der SPD-Fraktion: Einbehaltung von Barbeträgen zur persönlichen Verfügung bei Hilfe zur Pflege
AN/2402/2021**

Durch Beantwortung **erledigt**.

**Beantwortung: Einbehaltung von Barbeträgen zur persönlichen Verfügung
bei Hilfe zur Pflege
4203/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**10.1.3 Beantwortung einer Rückfrage zu TOP 10.11 aus der Sitzung des Finanzausschusses vom 08.11.2021
4183/2021**

Zur Kenntnis genommen.

**10.1.4 Beantwortung einer Anfrage aus dem GA: Drogenberatungsbus und Drogenkonsumraum am Neumarkt (AN/2393/2021)
4115/2021**

Zur Kenntnis genommen.

10.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

**10.2.1 Anfrage der Fraktion Die Linke: Bemühungen der Stadt Köln, den Fachkräftemangel in der Pflege positiv zu beeinflussen
AN/2084/2021**

Die Beantwortung steht noch aus.

**10.2.2 Anfrage der SPD-Fraktion: Bilanz des Stadtverschönerungsprogramms der Stadt Köln
AN/0033/2022**

Die Beantwortung steht noch aus.

11 Mündliche Anfragen

- 11.1 Beantwortung einer mündl. Anfrage zu TOP 12.6: Befragung zur Umsetzung des BTHG in Köln unter dem Motto: "Erste Bilanz - 1 Jahr 3. Reformstufe BTHG"
0072/2022**

Zur Kenntnis genommen.

12 Mitteilungen

- 12.1 Fachkreis für Plätze mit besonderem Handlungsbedarf
3686/2021**

Zur Kenntnis genommen.

- 12.2 EDELGARD - Kampagne der Kölner Initiative gegen sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum
3853/2021**

Zur Kenntnis genommen.

- 12.3 Regionalplan-Überarbeitung: Information zum Stand des Verfahrens
4113/2021**

Zur Kenntnis genommen.

- 12.4 Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht für die Jahre 2019-2020
4339/2021**

Zur Kenntnis genommen.

- 12.5 Ausweitung der präventiven Hilfen zur Vermeidung eines Wohnungsverlustes
4379/2021**

Zur Kenntnis genommen.

- 12.6 Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Köln-Lindweiler
0007/2022**

Zur Kenntnis genommen.